

*Es gilt das  
gesprochene Wort*

**Impulsstatement von Herrn Staatssekretär Johannes Hintersberger - Diskussionsveranstaltung zum Thema „Europas Flüchtlingspolitik zwischen wirtschaftlicher Integration und humanitärer Hilfe“ in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel am 30.05.2016**

---

Sehr geehrte Herr Dr. Friedrich (Vorstandsmitglied Hanns-Seidel-Stiftung, Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats),  
sehr geehrte Frau Caminades (Leiterin Außenamt Brüssel der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol),  
sehr geehrte Herren Abgeordneten Mann und Dorfmann (MdEP),  
sehr geehrter Herr Baron von Hohenhau (Präsident, Taxpayers Association of Europe (TAE)),  
sehr geehrte Damen und Herren,

**Begrüßung**

Die heutige Diskussionsveranstaltung greift eines der aktuellsten und wichtigsten Zukunftsthemen unserer Zeit auf: „**Europas Flüchtlingspolitik - zwischen wirtschaftlicher Integration und humanitärer Hilfe**“.

**Einleitung**

Das noch junge Jahr 2016 steht, wie auch schon das letzte Jahr, unter dem Zeichen der **weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen**. Ich bin der Überzeugung, wir haben es hier mit einer **Herausforderung** von historischem Ausmaß zu tun.

**Über eine Million Menschen** sind im letzten Jahr nach Deutschland gekommen.

Der Großteil der Asylsuchenden kam in Bayern an und wurde erst im Anschluss auf andere Bundesländer verteilt. **Ca. 150.000 Asylbewerber** haben wir **in Bayern aufgenommen**, in winterfesten Unterkünften **untergebracht und versorgt**.

In einer **Gemeinschaftsleistung** von Behörden, Kommunen, Hilfsdiensten und nicht zuletzt vielen engagierten Bürgern haben wir Großartiges geleistet.

**Grenze der Belastbarkeit/  
Forderungen an  
EU**

Aktuell ist der Zugang in den bayerischen **Grenzregionen** recht niedrig, aber der **Zustrom wird wieder zunehmen**, vor allem wenn der Bund und die EU keine **tragfähigen und langfristigen** Antworten finden.

Alle EU-Staaten müssen **sich solidarisch an einer Lösung der Krise beteiligen**. Das bedeutet **alle** EU-Staaten müssen Flüchtlinge im eigenen Land aufnehmen und finanzielle Hilfe vor Ort leisten.

Die Gemeinschaft funktioniert nicht, wenn alle nur mitmachen wollen, wenn es Gelder zu verteilen gibt. Es geht auch darum, die **Lasten gleichmäßig aufzuteilen**. Deshalb sind die von uns geforderten interna-

tionalen Bemühungen um eine **Reduzierung der Flüchtlingszahlen** so wichtig:

Die **Sicherung der Außengrenzen Europas**, die **wirksame Bekämpfung der Schleuserkriminalität** und die **Einrichtung von weiteren Hotspots**, damit die Flüchtlinge schon bei ihrer Ankunft an den Außen- grenzen Europas registriert und gerecht verteilt oder ggf. abgewiesen werden können.

Wir fordern die Union auch zu einer **stärkeren Unterstützung der wertvollen Arbeit des Flüchtlings- werks der Vereinten Nationen UNHCR** auf. Diese ist dringend erforderlich. Nur so können die Flüchtlinge in den Camps in Heimatnähe Schutz finden und müssen sich nicht auf die gefährliche Reise nach Europa machen, wenn sie vor Ort humanitär mit dem Notwendigen versorgt werden.

Europa muss in der Flüchtlingskrise endlich **geschlossen handeln**. Ein funktionierendes Europa ist in unser aller Interesse.

## **Asylpaket II**

Deutschland kann **nicht alleine unbegrenzt Flücht- linge aufnehmen**. Damit Integration gelingen kann und der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht nach- haltig in Gefahr gerät, brauchen wir eine Begrenzung der Zuwanderung.

Das Asylpaket II enthält wesentliche Elemente für die **Begrenzung des Zugangs** nach Deutschland sowie für den Abbau von Zuzugsanreizen.

Unter anderem werden das **Leistungsniveau für Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** abgesenkt und besondere Aufnahmeeinrichtungen gesetzlich fixiert, in denen Verfahren nach dem Vorbild der bayerischen Aufnahme- und Rückführungeinrichtungen beschleunigt durchgeführt werden können. Damit wird ein **Signal an die Herkunftsländer** gesetzt, dass sich ein Zuzug für Menschen ohne Bleibeperspektive nicht lohnt. Zudem wird der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt.

## **Zukunftsaugabe Integration**

Die derzeitige Situation stellt uns aber vor allem vor eine Herausforderung, die uns noch lange beschäftigen wird: Die **Integration derjenigen, die bei uns bleiben**. Dies betrifft nicht nur Bayern oder Deutschland. Das betrifft ganz Europa.

Die Integration der Menschen, die bei uns bleiben werden, wird uns noch **viele Jahre** intensiv beschäftigen. Sie wird zum **Dreh- und Angelpunkt für unsere eigene Zukunft**.

Denn wenn wir unsere europäisch-abendländisch-jüdisch-christlichen **Werte und Errungenschaften** bewahren wollen, ist die **Integration der Zuwanderer eine Voraussetzung**. Nur mit Integration wird es gelingen, Parallelgesellschaften und Ghettobildung zu verhindern.

Nur wenn Integration gelingt wird **der Zusammenhalt der Gesellschaft** erhalten werden.

### **Bayerisches Integrationsgesetz**

Der Freistaat schafft den Rahmen dafür. In einem **Bayerischen Integrationsgesetz** werden wir gesetzlich fest schreiben: Wer nach Deutschland kommt, muss sich integrieren. Das heißt: Er muss unsere Leitkultur akzeptieren!

Denn Integration geschieht bei uns nach klaren Regeln: Unsere erfolgreiche Integrationspolitik beruht auf dem **Grundsatz des Forderns und Förderns**.

Wir fordern von denjenigen, die bei uns bleiben dürfen, dass sie

- unsere Rechts- und Grundwerteordnung akzeptieren, dazu gehört u.a. die Gleichberechtigung von Männern und Frauen,
- die deutsche Sprache lernen und,
- die Integrationsangebote auch annehmen.

Aber **wir unterstützen die Menschen auch**, bei uns Fuß zu fassen.

Wir fördern die Integration mit unserem Sonderprogramm „**Zusammenhalt fördern, Integration stärken**“.

#### **Sonderprogramm „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“**

Deshalb hat die **Bayerische Staatsregierung** bereits im Herbst letzten Jahres das bayerische **Sonderprogramm „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“** auf den Weg gebracht. Das Programm umfasst ein **Maßnahmenpaket** im Umfang von insgesamt **rd. 548 Mio. Euro allein im Jahr 2016**.

Das Programm umfasst ein **Maßnahmenpaket** im Umfang von **mehr als einer halben Milliarde Euro allein im Jahr 2016**. Bereits letzten Herbst haben wir dieses Paket auf den Weg gebracht.

#### **Bundesintegrationsgesetz**

Auch, dass der **Bund ein eigenes Integrationsgesetz** auf den Weg gebracht hat, **begrüße ich sehr**. Es zeigt doch auch, wie wichtig das Thema Integration für ganz Deutschland ist.

#### **Schlüsselfaktor Arbeit**

In Bayern haben wir bereits letztes Jahr gehandelt. Denn für uns ist eines klar: Ein zentraler **Schlüsselfaktor gelebter und gelingender Integration** ist der Zugang zur **Arbeitswelt**. Wir wollen, dass die Men-

schen **selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können.**

### **Initiative Integrations- durch Ausbildung und Arbeit**

Deshalb haben wir mit der Bayerischen Wirtschaft und der Regionaldirektion der Bundesagentur die **Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit (IdA)“** auf den Weg gebracht.

**Gemeinsam** mit der Wirtschaft wollen wir **20.000 Flüchtlingen bis Ende 2016** ein Praktikum, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz anbieten. Bis Ende **2019** sollen **60.000 Menschen in Arbeit** integriert werden.

Mit dieser Vereinbarung ist Bayern in Deutschland und auch in Europa vorn. **Kein anderes Land** hat bislang **vergleichbare Ansätze** zur Arbeitsmarktin- tegration.

### **Maßnahmen des StMAS: ca. 12 Mio. Euro**

Allein das Bayerische Arbeits- und Sozialministerium nimmt dafür **12 Millionen Euro** in die Hand.

Damit

- fördern wir das **Modellprojekt (IdA)**, mit dem die Teilnehmer optimal und in kürzester Zeit gezielt auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

- **fördern wir Ausbildungsstellen mit 2,64 Mio. Euro** pro Jahr. Dafür weiten wir die Ausbildungsinitiative „**Fit for Work**“ für jugendliche Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive aus.
- **stärken wir die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit** mit ca. 1,5 Mio. Euro.
- bauen wir die **Beratungsstellen** zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse um **5 weitere Stellen** aus (bisher 3 vom Bund gefördert). Dafür stellen wir 650.000 Euro zur Verfügung.
- fördern wir zusätzliche **Ausbildungskquisiteure mit 1,62 Mio. Euro** pro Jahr. Sie sprechen die jungen Menschen und die Betriebe an und bringen die Jugendlichen in Ausbildung.
- werden wir **Jobbegleiter etablieren**, die während und auch noch nach der Vermittlung in Arbeit Unterstützung anbieten und dafür sorgen, dass die Menschen in Arbeit bleiben. Dafür haben wir 3,45 Mio. Euro bereitgestellt.

Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive können dann mittel- und langfristig einen **Beitrag zur Fachkräfte sicherung** leisten. Dies ist eine große Chance für die Wirtschaft.

Wichtig ist mir folgendes:

Die erwähnten 12 Mio. Euro sind **zusätzliche** Mittel und wurden nicht über Kürzungen anderer Arbeitsmarktprojekte finanziert. Wir werden uns nach wie vor unvermindert für die Personengruppen der hiesigen Bevölkerung einsetzen, die es schwerer auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt hat. Da wird nicht gespart.

## **Schluss**

Aber, Anrede,

ich möchte nochmal betonen: **Wir brauchen eine Begrenzung der Zuwanderung**. Nur dann kann uns die Integration derer gelingen, die auf Dauer bei uns bleiben.

Ebenso brauchen wir die **Solidarität aller europäischen Länder**. Die Europäische Gemeinschaft funktioniert nicht, wenn alle nur mitmachen wollen, wenn es um eigene Vorteile geht. Europäische Gemeinschaft bedeutet auch eine **gleichmäßige Lastenverteilung** auf alle – insbesondere eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge.

Ich freue mich auf eine anregende Diskussion mit Ihnen!  
Herzlichen Dank!